



Pressemitteilung

20. April 2026

Seite 1 von 3

Alt-Moabit 140

10557 Berlin

Tel. +49 30 18 681- 22222

presse@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de

PKS 2025: Rückgang bei Gewaltkriminalität, aber Anstieg bei tatverdächtigen Kindern und weiterhin hohe Anzahl nichtdeutscher Tatverdächtiger

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt, der IMK-Vorsitzende Senator Andy Grote und BKA-Präsident Holger Münch haben heute die Polizeiliche Kriminalstatistik vorgestellt. Zeitgleich wurden die Ergebnisse der bundesweiten Dunkelfeldstudie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland 2024“ präsentiert.

Verantwortlich:

Sarah Frühauf

Redaktion:

Dr. Sonja Kock

Björn Bowinkelmann

Anne Breitenstein

Robert Ehrenpfordt

Leonard Kaminski

Elena Singer

Erstmals seit 2021 ist 2025 die Zahl der Fälle von **Gewaltkriminalität** in Deutschland wieder leicht gesunken (-2,3 Prozent). Auch die Anzahl der Tatverdächtigen ging hier zurück (-2,6 Prozent), insbesondere die der tatverdächtigen Jugendlichen (-7,4 Prozent) und der tatverdächtigen Zuwanderer (-7,2 Prozent). Dagegen stieg die Zahl der tatverdächtigen Kinder erneut an (+3,3 Prozent). Nichtdeutsche Tatverdächtige sind bei der Gewaltkriminalität mit 42,9 Prozent weiterhin deutlich überrepräsentiert.

Rückgang bei Straftaten insgesamt

Insgesamt hat die Polizei im Jahr 2025 bundesweit rund 5,5 Mio. Straftaten registriert – das entspricht einem Rückgang von 5,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Zahl der Tatverdächtigen insgesamt ist um 5,9 Prozent auf ca. 2,05 Mio. gesunken. In den Zahlen schlägt sich die (Teil-) Legalisierung von Cannabis aus 2024 nieder, es ist aber selbst dann noch ein Rückgang vorhanden, wenn Straftaten im Zusammenhang mit Cannabis herausgerechnet werden (-4,7 Prozent).

Insgesamt wurden rund 3,2 Mio. Fälle aufgeklärt. Die **Aufklärungsquote** liegt somit bei 57,9 Prozent und damit auf nahezu gleichem Niveau wie in den Vorjahren (2024: 58,0% Prozent).

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt: „Der Rückgang der Gewaltkriminalität ist ein Anfang, aber kein Grund zur Entwarnung. Entscheidend ist, dass sich Menschen im Alltag sicher fühlen. Dafür braucht es weitere Maßnahmen: Mit einem harten Aktionsplan gegen Organisierte Kriminalität, mit konsequenten Abschiebungen von Intensivtätern und mit klaren, unmissverständlichen Gesetzen zum Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten.“

Senator Andy Grote, Vorsitzender der Innenministerkonferenz: „Das zweite Jahr rückläufiger Kriminalität ist eine ermutigende Entwicklung. Mein Dank gilt den Polizistinnen und Polizisten in unserem Land, die mit ihrer enormen Einsatzbereitschaft maßgeblich dazu beitragen, dass sich die Menschen in Deutschland sicher fühlen. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass unsere Gesellschaft gerade für Frauen nicht so sicher ist, wie sie es sein sollte. Steigende Zahlen im Bereich der Sexualstraftaten und das erschreckende Ausmaß sexualisierter digitaler Gewalt machen deutlich, dass wir Betroffene noch besser schützen müssen. Der hohe Anteil der Beziehungsgewalt zeigt, dass es weiterhin den Mut der Frauen zur Anzeige braucht, aber auch die Entschlossenheit des Rechtsstaats. Als Innenministerkonferenz wollen wir im Hamburger Vorsitzjahr spürbare Verbesserungen erreichen, damit Frauen ihr Recht und Täter ihre Strafe bekommen.“

BKA-Präsident Holger Münch: „Die Datenlage zeigt ein differenziertes Bild: Die registrierte Kriminalität ist 2025 gesunken, wir sehen Rückgänge bei Gewaltkriminalität und bei der Zahl der Tatverdächtigen. Gleichzeitig verändert sich Kriminalität – sie wird digitaler, internationaler und in manchen Bereichen auch brutaler. Sicherheit ist kein Selbstläufer. Deshalb müssen wir Kriminalität früh erkennen und wirksam bekämpfen. Durch die nun zusätzlich zu den Hellfelddaten der PKS veröffentlichten Ergebnisse der Dunkelfeldstudie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland 2024“ haben wir insgesamt ein umfassenderes Bild und klare Hinweise zur Kriminalitätsentwicklung in Deutschland und können unsere Bekämpfungsstrategien weiter anpassen.“

Ergebnisse der zeitgleich durch das BKA veröffentlichten Opferbefragung „**Sicherheit und Kriminalität in Deutschland 2024**“ (SKiD) zeigen, dass besonders junge Menschen von Gewaltstraftaten betroffen sind – mit steigender Tendenz. So sind bei der aktuellen Erhebung 8,5 Prozent der Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren Opfer einer Körperverletzung geworden, ein Anstieg um 5,4 Prozentpunkte gegenüber der Befragung in 2020 und damit mehr als eine Verdopplung (2020: 3,1 Prozent).

Anstieg bei Fällen von Vergewaltigung

Die Zahl der in der PKS für 2025 erfassten Sexualdelikte bleibt hoch. Auffällig ist der Anstieg bei Fällen von Vergewaltigung (+9,0 Prozent). Seit 2018 sind die Fallzahlen in diesem Bereich um rund 72 Prozent gestiegen. Die Tatverdächtigen sind überwiegend Freunde oder Bekannte sowie (ehemalige) Partner und zu 98,6 Prozent männlich. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen beträgt 38,5 Prozent und ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Der Anteil der nichtdeutschen Opfer von Vergewaltigung lag bei 22,3 Prozent.

Die Ergebnisse von SKiD zeigen, dass Frauen insgesamt deutlich häufiger von Sexualdelikten betroffen sind als Männer. Besonders betroffen sind junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren. Das Dunkelfeld ist SKiD zufolge groß: Nach wie vor ist die Anzeigequote bei Sexualdelikten

besonders gering – sie lag bei sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung 2023 bei 6,2 Prozent, bei körperlicher sexueller Belästigung bei 2,6 Prozent.

Straftaten im Zusammenhang mit **kinderpornografischen Inhalten** sind laut PKS zwar zurückgegangen (-2,7 Prozent auf 41.677 Fälle), sie bleiben aber auf hohem Niveau. Straftaten im Zusammenhang mit jugendpornografischen Inhalten stiegen dagegen weiter an (+19,9 Prozent auf 11.515 Fälle). Bei den Jugendlichen, die pornografische Inhalte verbreiten, handelt es sich oftmals um sogenannte Selbstfilmende. Neben einer zunehmenden Verbreitung durch Social-Media-Kanäle kann auch eine erhöhte Anzeigebereitschaft angesichts einer erhöhten medialen Aufmerksamkeit und gesellschaftlichen Sensibilisierung mitverantwortlich für den Anstieg sein.

Die Zahl der **Messerangriffe** insgesamt ist ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres (+0,8 Prozent auf 29.243 Fälle). Bedrohungen mit einem Messer haben hingegen um 9,5 Prozent zugenommen (13.748 Fälle). Auf einen Höchststand seit 2016 gestiegen sind die Fälle der mit Schusswaffengebrauch verbundenen Gewaltkriminalität, beispielsweise Raub oder schwere Körperverletzung, (+9,7 Prozent auf 3.166 Fälle) – in 1.371 Fällen wurde geschossen (+13,4 Prozent; Höchststand seit 2009).

Der durch die (Teil-)Legalisierung von Cannabis bedingte Rückgang der **Rauschgiftdelikte** insgesamt (-27,7 Prozent) darf nicht über die Realität hinwegtäuschen. Neben den Rauschgiftdelikten mit Kokain einschließlich Crack (39.414 Fälle, +1,9 Prozent) sind auch die Delikte mit neuen psychoaktiven Stoffen um +25,5 Prozent auf 5.338 Fälle (2024: 4.255) sowie mit Metamfetamin um +3,0 Prozent auf 11.398 Fälle (2024: 11.070) angestiegen. Rauschgiftkriminalität bleibt somit ein drängendes Problem in Deutschland.

Bedeutung von Auslandstaten bei Cybercrime und Betrug nimmt zu

Die im Inland registrierten Fälle sind bei Betrug (-8,4 Prozent) und Cyberkriminalität (-4,1 Prozent) zwar rückläufig, im Gegenzug steigen jedoch die aus dem Ausland heraus begangenen Taten deutlich an (Betrug: +7,0 Prozent, Cyberkriminalität +3,0 Prozent). Bei Betrug nähert sich die Anzahl der Inlands- und Auslandstaten und die Schadensumme zunehmend an (PKS-Ausland 2,3 Mrd. Euro, +65,1 Prozent; PKS-Inland 2,7 Mrd. Euro, -6,7 Prozent). Im Bereich der Cyberkriminalität übersteigt die Anzahl der Auslandstaten bereits die der Inlandstaten.

Nach den Ergebnissen der Dunkelfeldstudie SKiD war bereits jede fünfte Person Opfer von Delikten aus dem Bereich der Cyberkriminalität. Datenmissbrauch sowie Waren- und Dienstleistungsbetrug im Internet sind dabei die häufigsten Delikte, die auch im Vergleich zur vorherigen Erhebung 2020 signifikant zugenommen haben. Mit der zunehmenden Betroffenheit fürchtet mittlerweile mehr als jeder Zweite, Opfer von Betrug im Internet zu werden.

Sicherheitsgefühl in Deutschland weiterhin hoch

Die Ergebnisse der Dunkelfeldstudie SKiD zeigen, dass das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung grundsätzlich hoch ist. Bezogen auf die Wohngegend hat es sich nachts gegenüber 2020 leicht erhöht (+2,0 Prozentpunkte auf 74,0 Prozent). Rund 45 Prozent der Menschen fühlen sich jedoch nachts besonders im Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) unsicher. Noch geringer ausgeprägt ist das Sicherheitsempfinden an Bahnhöfen (27,0 Prozent), öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (40,1 Prozent) sowie Parks (22,8 Prozent).

Weitere Informationen zur PKS sowie die bisherigen Veröffentlichungen finden Sie auf der BKA-Webseite unter: www.bka.de/PKS2025

Weitere Informationen zu SKiD sowie die bisherigen Berichte zur Studie finden Sie auf der BKA-Webseite unter: <https://skid.bka.de>